

Stadt Kassel plant Container-Unterkunft für Flüchtlinge im Wesertor

Sozialdezernent Wett reagiert auf Kritik zur späten
Kommunikation über Flüchtlingsunterkunft in Kassel-
Wesertor.

Die Diskussion um die Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil
Wesertor wirft ein Licht auf die Herausforderungen der
Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Bürgern. Der
Sozialdezernent Norbert Wett sieht sich einer breiten Kritik
gegenüber und hat angedeutet, dass Veränderungen in der
Informationspolitik notwendig sein könnten.

Kritik an der Informationspolitik der Stadt

Die geplante Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für bis zu
220 Flüchtlinge in der Wilhelm-Speck-Straße hat in der
Gemeinde für erheblichen Unmut gesorgt. Ortsvorsteherin Annli
Lattrich und die SPD-Politikerin Esther Kalveram äußern
Bedenken bezüglich der späten Kommunikation durch die Stadt.

Ich hätte es besser gefunden, wenn der Ortsbeirat und
Anwohner früher informiert worden wären, so Lattrich. Dies
untermauert die Ängste vieler Anwohner, die um den Wert ihrer
Immobilien fürchten.

Hintergründe der späten Bekanntmachung

Laut Wett ist es in Kassel gängige Praxis, Informationen über
neue Flüchtlingsunterkünfte nicht frühzeitig zu veröffentlichen,
um potenzielle Anfeindungen zu vermeiden. Er gestand jedoch
ein, dass die momentane Lage einen Dialog über die

Vorgehensweise erfordere. Wir werden in der Koalition darüber sprechen, wie wir künftig solche Themen kommunizieren werden, erklärte der CDU-Politiker.

Bedenken aus der Bevölkerung

Die Einwohner des Westorts haben eine Vielzahl von Befürchtungen geäußert. Manche befürchten eine Wertminderung ihrer Immobilie, berichtete Lattich. Die Sorge um die Integration der Geflüchteten und um die Belastung der sozialen Infrastruktur sind ebenfalls Themen, die in den letzten Tagen immer wieder zur Sprache kamen, wie die Ortsvorsteherin feststellte. Zudem sind die bereits existierenden Engpässe in der Lebensmittelverteilung an der Bräderkirche deutlich sichtbar.

Alternative Standorte und frühere Erfahrungen

Dietmar Bürger, SPD-Ortsvereinsvorsitzender, weist darauf hin, dass es frühere Unterkünfte in der Leipziger Straße gab, die als kostengünstigere Alternativen zur aktuellen Containerlösung betrachtet werden könnten. Dies könnte helfen, die Bedenken der Anwohner zu lindern und gleichzeitig eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, besonders wenn vorher berichtet wurde, dass die Bedingungen dort unzureichend waren.

Ausblick auf die künftige Kommunikation

Die Antworten der Stadtverwaltung auf die Vorwürfe sind vielfältig. Wett betont, dass die Stadt sich weiterhin für die positive Entwicklung des Westorts einsetzt. Für die Zukunft wird angestrebt, die Kommunikation zu verbessern, um ähnliche Situationen zu vermeiden. Die derzeitige Diskussion kann als Katalysator für eine offeneren und transparenteren Herangehensweise der Stadt zu aktuellen gesellschaftlichen

Herausforderungen gesehen werden.

NAG

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de